mit dem völlig einig, was Eden in seiner Rede erneut als den Willen Englands verkündet. Die Folge müßte aber auch ein betontes und tatkräftigeres Abrücken Englands von jenen Mächten sein, die sich die Bolschewisierung zum Ziele gesetzt haben, und seien sie auch „demokratisch" getarnt.

Uns will es scheinen, als habe sich im vergangenen Jahr das Modeschlagwort „Demokratie" als verhängnisvoll für Europa erwiesen. Man hat ein Recht, 1936 als das Jahr der verpaßten Gelegenheiten zu bezeichnen. Man darf wohl daran erinnern, daß Deutschland durch seinen Führer und Reichskanzler der Welt wiederholt überaus großzügige Angebote gemacht hat. Mit tiefem Bedauern muß man heute feststellen, daß von allen diesen Angeboten zur Abrüstung, Rüstungsbegrenzung, zum Abschluß von Nichtangriffspakten und anderen Bürgschaften für den Frieden soviel wie nichts geblieben ist. Statt dessen gelang es im vergangenen Jahr Sowjetrußland, verstärkten Einfluß auf die europäische Politik zu gewinnen, und in Moskau liefen im Grunde alle die Fäden der Politik zusammen, die verhinderte, daß die Befriedung Europas Fortschritte machte. Will Eden im neuen Jahr eine bessere Zusammenarbeit in Europa, so geht das deutsche Streben ohne Vorbehalt in der gleichen Richtung. An England aber liegt es zum großen Teil, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Der englische Außenminister betont im Zusammenhang der Befriedungsaufgaben die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Dinge. Auch in dieser Hinsicht findet er die volle Zustimmung Deutschlands. Wie oft ist von deutscher Seite der Satz gesprochen worden, solange kein politisches Vertrauen herrsche, gebe es keine wirtschaftliche Gesundung in Europa. Nun wiederholt der englische Außenminister dieselbe Feststellung. Wäre die politische Stabilisierung erfolgt, zu der Deutschland im vergangenen Jahre mehrfach Anregungen bot, so würde auch das Vertrauen zurückgekehrt sein. Dann wäre für eine Ausweitung des Welthandels der Weg geebnet gewesen, der Güteraustausch zwischen den Völkern hätte in freiere Bahnen zurückkehren können, und wir Deutschen hätten nicht so viel Sorge gehabt, die Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes besser zu befriedigen. Außenminister Eden braucht das Wort, England zöge nun einmal Butter den Kanonen vor. Dieser Ausdruck ist uns in den vergangenen Monaten mehrfach von englischer Seite zu Ohren gekommen. Er ist entstanden aus einer Uebertreibung der bestehenden deutschen Fettlücke, und hinter ihm verbirgt sich die Meinung, wenn Deutschland aufhören wolle, Kanonen zu bauen, könne es statt Rohstoffe für die Rüstung genügend Butter einführen. Das ist nur bedingt richtig. Ohne die Wiederherstellung seiner Wehrfreiheit hätte Deutschland niemals seine friedliche Arbeit sichern können, und wir hätten auf die Dauer weder Butter gehabt, noch Kanonen. Erst als sich durch das Fehlschlagen der deutschen Friedensangebote herausstellte, daß auch die Rückkehr zu gesunden wirtschaftlichen Lösungen in weitem Felde lag, stellte der Führer den Vierjahresplan auf, um durch ihn den Lebensstandard des deutschen Volkes zu heben. Immer wieder haben wir betont, daß Deutschland weit davon entfernt ist, etwa die Autarkie als ein Ideal anzusehen, und daß die Autarkie auch nicht das Ziel der deutschen Wirtschaft ist. „Mein Feld ist die Welt" — wie gern würde es der deutsche Kaufmann wieder sagen, wie gerne würden wir in jedem erdenklichen Umfange unsere hochwertigen Industrieerzeugnisse tauschen gegen die Güter, die die Welt uns bietet. Dazu gehören aber die Länder, die bereit sind, uns unsere Erzeugnisse abzunehmen. Da aber das deutsche Volk leben muß und nicht darauf warten kann, bis sich die Einstellung der Welt uns gegenüber ändert, sind wir gezwungen, uns auf unsere eigene Kraft und unsere eigene Energie zu verlassen. Auf dem Gebiete der Wirtschaft nun liegen außerordentlich wichtige Bekundungen Edens. Deutschland hat keine Kolonien; es ist auf einen beschränkten Lebensraum angewiesen; ihm fehlen die meisten Rohstoffe, die andere, glücklichere Völker in reichem Maße besitzen. Deutschland gehört zu den „Havenots", den Habenichtsen unter den Nationen, wie ein bitteres Wort es ausdrückt. Man kann nicht genug hervorheben, daß der englische Außenminister erklärt, in seinen Augen sei wirtschaftliches Unglück eine Gefahr für den Frieden. Alle Friedensfreunde müßten daher auch das wirtschaftliche Elend zu beheben wünschen. Und Eden formuliert den Satz von volkstümlicher Einprägsamkeit, er wolle bemüht sein, zu helfen, daß andere auch Butter haben in einer Welt, die keine Kanonen brauche. Noch ist es vielleicht verfrüht, weitgehende Hoffnungen hieran zu knüpfen. Aber diese Feststellung Edens ist ein überaus erfreuliches Zeichen, daß das Verständnis für Deutschlands Lebensnotwendigkeiten sich Bahn zu brechen beginnt. Der englische Außenminister hofft, es werde sich eine Lösung der anscheinend unlösbaren Probleme finden lassen. Bei allen Bemühungen um wirkliche Befriedung, die den Lebensinteressen der Völker gerecht wird, wird er den Willen der deutschen Nation neben dem seinen finden. Möge sein Wunsch in Erfüllung gehen, daß im Jahre 1937 die Nationen einen großen Schritt vorwärts tun!

„Außenpolitische Lage stark entspannt"

Eden berichtet dem englischen Kabinett - Die erste Sitzung im neuen Jahre

London, 13. Januar.

Zum ersten Male im neuen Jahr trat das britische Kabinett am Mittwochvormittag zu einer Vollsitzung zusammen, nachdem es zuletzt am 16. Dezember getagt hatte. An der Kabinettssitzung nahm Lord Hailsham, der Lordkanzler, wieder teil, der im Juli vorigen Jahres erkrankt war und sich seitdem an den Kabinettssitzungen nicht mehr beteiligt hat. Dagegen fehlte der Innenminister Sir John Simon, der an Grippe erkrankt ist und noch das Bett hüten muß.

Die Kabinettssitzung beschäftigt sich in der Hauptsache mit zwei Fragen, einmal mit der Vorbereitung der kommenden Sitzung des Oberhauses, das am 19. Januar seine Arbeiten wieder aufnimmt, und sodann mit der Ueberprüfung der außenpolitischen Lage. Dem Vernehmen nach hat zunächst der englische Außenminister Eden über die außenpolitische Lage Bericht erstattet, die sich bekanntlich auch nach englischer Ansicht seit der letzten Ministerbesprechung vom Sonnabend stark entspannt hat.

Unter den innerpolitischen Fragen, die zur Aussprache kommen, sind vor allem das Aufrüstungsprogramm, die Aufbringung der hierfür erforderlichen Kosten und die Rekrutierungsfrage zu nennen. Der Heeresrat hat bekanntlich in den letzten Tagen bestimmte Vorschläge in der Rekrutierungsfrage ausgearbeitet, die dem Kabinett unterbreitet werden sollen. Weiter wird der Regierungsplan zur körperlichen Ertüchtigung der Nation verabschiedet werden, der bereits in den nächsten Tagen veröffentlicht werden soll. Sodann steht die Tagesordnung die Behandlung der Frage der Elendsgebiete sowie ein Gesetz zur Unterstützung der Kohlenausfuhr vor. Endlich erfordert noch die finanzielle Regelung des Thronwechsels eingehende Beratungen, da hier noch alles offen liegt. Die Kabinettssitzung wird den ganzen Tag in Anspruch nehmen und möglicherweise am Donnerstag und Freitag fortgesetzt werden.

Auch England kann sich überzeugen

Britische Offiziere nach Spanisch-Marokko eingeladen

London, 13. Januar.

Der Oberkommissar von Spanisch-Marokko, Beigbeder, hat dem Generalgouverneur der Festung Gibraltar eine Einladung übersandt, in der er ihn auffordert, eine Abordnung von Offizieren nach Spanisch-Marokko zu entsenden, um an Ort und Stelle die französischen Beschuldigungen nachzuprüfen. Den britischen Offizieren ist freies Geleit und der besondere Schutz der spanischen Behörden zugesagt worden. Daraufhin wird, wie in London mitgeteilt wird, der britische Zerstörer „Vanoc" sich noch am Mittwoch nach Melilla und später nach Ceuta begeben, um von der Einladung Gebrauch zu machen. Von Melilla und Ceuta aus werden die britischen Offiziere voraussichtlich das Land im Kraftwagen durchreisen.

Es waren keine nationalen Flugzeuge!

London, 13. Januar.

Die spanische Nationalregierung hat nunmehr die britische Protestnote wegen angeblicher Verletzung der Madrider Sicherheitszone durch Bombenabwurf auf die britische Botschaft in Madrid beantwortet. Sie stellt fest, daß auf keinen Fall nationale Flugzeuge an dem Bombenabwurf beteiligt waren und daß aller Wahrscheinlichkeit nach rote Flugzeuge die Bomben auf die Botschaft abgeworfen haben.

„Belgiens Ansehen steht auf dem Spiel"

Brüssel, 13. Januar.

Die ausweichende Stellungnahme der roten Mordbuben von Valencia zur belgischen Note wegen der feigen Ermordung des Diplomaten Baron de Borchgrave veranlaßt die empörte belgische Oeffentlichkeit — natürlich mit Ausnahme der Marxisten und der Kommunisten —, weiterhin nachdrücklich den Abbruch der Beziehungen zu Valencia zu verlangen. Auch das „Vingtième Siècle", das bisher eine sehr gemäßigte Haltung eingenommen hatte, kommt zu dem gleichen Schluß. Da die Forderungen der belgischen Note, so schreibt das katholische Blatt, außerordentlich maßvoll gehalten seien, könne die belgische Regierung nicht auf Genugtuung verzichten, ohne ihr internationales Ansehen aufs Spiel zu setzen.

Ein bezeichnendes Licht auf die sich überall gleichbleibende ehrlose Haltung der Roten wirft ein Artikel des „Peuple", des amtlichen Organs der sozialdemokratischen Partei Belgiens, deren Vertreter bekanntlich in der Regierung sitzen. Der marxistische Verfasser geht sogar so weit, zu bestreiten, daß Baron de Borchgrave überhaupt die diplomatische Immunität habe beanspruchen können und daß daher ein Teil der belgischen Forderungen unberechtigt sei.

Der Sandschak - eine harte Nuß für den Völkerbund

Die Türkei droht mit dem Austritt - Die Mandatsfrage wird aufgerollt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Januar.

Das Sekretariat des Völkerbundes gibt jetzt bekannt, daß die für den 18. Januar vorgesehene Ratstagung erst am 21. Januar beginnen wird. Der Grund dafür sind die Verhandlungen, die zwischen Frankreich und der Türkei über die Angelegenheit des Sandschaks eingeleitet wurden. In den Völkerbundskreisen wird diese Angelegenheit als sehr wichtig bezeichnet. Das dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß die Türkei die Drohung ausgesprochen habe, den Völkerbund zu verlassen, wenn ihren Wünschen nicht entsprochen würde. Die Angelegenheit des Sandschaks wird voraussichtlich das Hauptthema der ganzen Ratstagung werden, weil durch ihre Behandlung auch die Haltung des Völkerbundes gegenüber der Neuregelung von Mandatsfragen auf das lebhafteste berührt wird.

Nach dem Ablauf des französischen Mandats über Syrien sollte nach den französischen Wünschen Syrien grundsätzlich seine Selbständigkeit erhalten. Das Land sollte aber, ähnlich dem Irak in seinem Verhältnis zu England, engster französischer Verbündeter werden. Dagegen verlangt die Türkei, daß aus Syrien ein Bundesstaat gemacht wird, der aus drei Teilen bestehen soll. Schon in der französischen Mandatsverwaltung gab es zwei Mandatsländer, das eigentliche Syrien und den Libanon. Die Türkei verlangt nun, daß als dritter Teil der Sandschak gemeinsam mit dem Libanon und Syrien eine Art gesamtsyrischen Bundesstaat bilden soll. Im Sandschak soll aber noch eine Sonderregelung Platz greifen. Unter der Garantie Frankreichs und der Türkei sollen seine Gebiete entmilitarisiert und die kulturellen Rechte der türkischen Bewohner bei der Neuregelung sichergestellt werden. Französische Blätter erklären, daß die Türkei offenbar die Absicht hätte, eine solche Regelung nur als Uebergang anzusehen, daß es ihr offenbar darauf ankomme, den Sandschak sich einst wieder anzugliedern zu können, um dieses wichtige Gebiet mit seinem wertvollen Hafen Alexandrette, der der Ausgangspunkt zum südlichen Mittelmeer und gleichzeitig die Endstation der früheren Bagdadbahn ist, wieder unter seine Oberhoheit zu bringen. Kompliziert wird die ganze Angelegenheit noch dadurch, daß das Arabertum eine sehr rege Propaganda entfaltet, die die türkischen Forderungen bekämpfen. Es wird nun von der Haltung Frankreichs abhängen, ob der Völkerbund den türkischen Forderungen entsprechen kann. Dem Völkerbund ist wieder eine sehr harte Nuß zum Knacken vorgelegt worden.

Der türkische Außenminister Aras empfing am Dienstag ausländische Pressevertreter. Bei dieser Gelegenheit äußerte er sich über die gegenwärtige Lage in der Sandschakfrage wie folgt: Die Türkei habe heute in Paris ihre letzten Vorschläge überreichen lassen. Die Lage sei völlig ungewiß. Sie werde erschwert dadurch, daß die Sandschakfrage für die Türkei eine Frage des Lebens und der Ehre, für Frankreich aber nichts anderes als eine Rechtsfrage sei. Die Türkei habe bei ihren Forderungen stets aus eigenem Antrieb gehandelt und brauche keine fremden Einflüsterungen, um so beharrlich zu sein, wie sie es jetzt in diesem Falle sei.

Ras Imru tritt seine Verbannung an

Rom, 13. Januar.

Der zu lebenslänglicher Verbannung verurteilte Ras Imru ist zusammen mit dem Dedschiak Tafe Gulelatie in Neapel angekommen und auf der dortigen Hafenpolizeistation eingeliefert worden. Am Mittwoch brachte ein Torpedojäger die beiden ehemaligen abessinischen Würdenträger nach der als Verbannungsort bestimmten Insel Ponza, die zu der Gruppe der Pontinischen Inseln gehört.

Motorisierte Gendarmerie wird eingesetzt

Eine völlig neue Polizeiformation - Zunächst 16, später 42 Bereitschaften

Berlin, 13. Januar.

Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei bestimmt in einem Runderlaß die endgültige Stärke der motorisierten Gendarmeriebereitschaften, die am 1. Januar 1937 den Ueberwachungsdienst auf den Landstraßen mit zunächst 16 Bereitschaften angetreten haben. Mit einer endgültigen Stärke von 42 Bereitschaften wird diese völlig neue Polizeiformation in der Lage sein, ihre verantwortungsvollen Aufgaben zu erfüllen.

Standorte der motorisierten Gendarmeriebereitschaften werden die Knotenpunkte der Reichsstraßen und Reichsautobahnen sein. Die Ueberwachungsgebiete, in denen die einzelnen Bereitschaften zuständig sind, werden unter die Wehrkreise des Reiches aufgeteilt. Die Grenzen der Regierungsbezirke und Länder sind häufig nicht berücksichtigt. Die motorisierte Gendarmerie ist also ausdrücklich in der Ausübung ihres Dienstes nicht an die Grenzen der Regierungsbezirke, der Provinzen und der Länder gebunden. Wie aus dem Runderlaß des Chefs der deutschen Polizei hervorgeht, ist der Bau von besonderen Kasernen für die motorisierte Gendarmerie vorgesehen und teilweise bereits durchgeführt.

In einem weiteren Runderlaß bezeichnet der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei es als im dienstlichen Interesse erforderlich, daß möglichst alle Offiziere der Schutzpolizei und Gemeindevollzugspolizei im Führen von Kraftfahrzeugen ausgebildet werden. Die Ausbildung soll sofort, zunächst im Rahmen der vorhandenen Mittel, durchgeführt werden. Diese Anordnung erhält angesichts der von der Ordnungspolizei durchzuführenden verkehrspolizeilichen Aufgaben besondere Bedeutung.

Fünf Generationen unter einem Dach

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Januar.

In der hessischen Gemeinde Mönstadt ist in einem Bauernhaus der seltene Fall zu verzeichnen, daß fünf Generationen unter dem gleichen Dach wohnen: Die 93jährige äußerst rüstige Urgroßmutter Frau Pauli verrichtet noch heute häusliche Arbeiten, ihre Tochter Philippine Lauth geborene Pauli, die Urgroßmutter, steht im Alter von 75 Jahren, die Urgroßmutter der Familie hat also die seltene Freude, ihre noch lebende Mutter bei sich zu haben. Der Enkel und gleichzeitig Großvater, Otto Lauth, ist 55 Jahre alt. Die vierte Generation wird durch die Tochter des Otto Lauth verkörpert, die 31 Jahre alt ist und deren siebenjähriges Kind die fünfte Generation darstellt.

Wer erhält die Schützenschnur?

Berlin, 13. Januar.

Das Oberkommando des Heeres hat befohlen: Das eingeführte Schützenabzeichen (Schützenschnur) wird in der gleichen Form auch für Bestleistungen im Richten des Infanteriegeschützes, im Schießen mit der 3,7-Zentimeter-Panzerabwehrkanone und der 2-Zentimeter-Fliegerabwehrkanone verliehen.

Eine vernichtende Moskauer Selbstkritik

Moskau, 13. Januar.

Nachdem erst auf den letzten Moskauer Kongressen die „großen Siege des bolschewistischen Aufbaues" mit marktschreierischer Reklame laut gefeiert wurden, sieht sich jetzt der beim Rat der Volkskommissare bestehende Kontrollausschuß gezwungen, in einer spaltenlangen Veröffentlichung einer Reihe von Volkskommissariaten unter namentlicher Nennung der verantwortlichen Kommissare wegen Nichterfüllung der Pläne und Nichtdurchführung von Regierungsverordnungen kräftige Rüffel zu erteilen. Weiterhin stellt der Kontrollausschuß fest, daß es in den von vier Kommissariaten verwalteten Unternehmungen mit der pünktlichen Auszahlung der Löhne außerordentlich schlecht bestellt ist. Wochen-, ja monatelang dauert es häufig, bis die kargen Löhne ausgezahlt werden. Der jüdisch-bolschewistische Sowjetstaat bereichert sich auf diese Weise noch an den Zinsen für die Löhne der Aermsten in diesem „Arbeiterparadies".

Der Kontrollausschuß rügt schließlich, daß die Sowjetunternehmungen schlechte Waren herstellen und ihre vertraglichen Lieferungsverpflichtungen nicht durchführen, worunter der Verbraucher zu leiden habe.

Kundgebung gegen Bronstein-Trotzki in Mexiko

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

Mexiko, 13. Januar.

Der Aufenthalt Bronstein-Trotzkis in Mexiko hat bereits jetzt zu den Unruhen geführt, die man auf Grund der Ankündigung der Anhänger Stalins erwarten mußte. Diese Anhänger des „alleinseligmachenden" Kommunismus veranstalteten nämlich vor dem Hause, in dem Bronstein-Trotzki vorläufig untergebracht wurde, eine große Demonstration. Sie führten Plakate mit sich, auf denen die Worte standen: „Hinaus mit Trotzki!" Einige von ihnen versuchten sogar, in das Haus einzudringen, um Trotzki zu verprügeln. Schließlich wurde motorisierte Polizei gegen die Demonstranten eingesetzt. Dabei wurden mehrere der Demonstranten verletzt und 12 festgenommen.

Obwohl Bronstein-Trotzki unter starker polizeilicher Bewachung steht, rechnet man mit der Möglichkeit weiterer Zwischenfälle, da jetzt die kommunistischen Eisenbahner angekündigt haben, gegen Trotzki demonstrieren zu wollen.

Der Führer empfing am Mittwoch im Beisein des Gauleiters Bohle den Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien, Pg. Hans-Henning von Cossel, zum Bericht und zur Verabschiedung vor seiner Ausreise nach Brasilien.

SLUB
Wir führen Wissen.